STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Wahlperiode	Beschluss-Nr:	Status
2016 - 2021	1636/2021/1.1	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag des Rats Herrn Volker Glumm zum Haushalt 2022; Reduzierung der Haushaltsposten "Technisches Gebäudemanagement" und "Zentrale Gebäudewirtschaft" um 20 %

Beratungsfolge:

31.05.2021	Finanz- und Personalausschuss	öffentlich
02.06.2021	Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich

Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:

Herr Wilberts
Herr Kramer
Frau Goldhammer

Organisationseinheit:

Finanzen
Organisation und IT
Zentrale Gebäudewirtschaft

Beschlussvorschlag:

Der Antrag des Rats Herrn Volker Glumm wird an die „Arbeitsgruppe Haushaltsoptimierung“ verwiesen.

Sach- und Rechtslage:

Ratsherr Volker Glumm (CDU) beantragt für den Haushalt 2022, die Haushaltspositionen für das „Technische Gebäudemanagement“ und für die „Zentrale Gebäudewirtschaft“ um 20% von 3.364.700 Euro auf 2.691.760 Euro zu reduzieren.

Ratsherr Volker Glumm begründet seinen Antrag damit, dass durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Heimbüro sich die Gebäudekosten reduzieren ließen. Einzelne Banken berichteten in diesem Kontext von einer Reduzierung der Immobilienkosten um 40%, weshalb er vor diesem Hintergrund eine Kostenreduktion von 20% für angemessen halte.

Stellungnahmen der Verwaltung:

Stellungnahme des Fachdienstes 1.2 - Organisation und Informationstechnik:

Im Zusammenhang mit der Pandemie hat die Stadt Norden für die Mitarbeiter*innen kurzfristig die Möglichkeit geschaffen, dort wo es möglich ist, die Arbeit im Homeoffice zu verrichten. Aktuell arbeiten bis zu 110 Bedienstete in unterschiedlichen Konstellationen von zu Hause oder einem anderen Ort. Grundlage für diese Lösungen war immer die Abstimmung mit der Personalvertretung sowie insbesondere die Bereitschaft der Mitarbeiter*innen, diesen Weg wegen der Pandemie auch mit zu gehen. Als Arbeitgeber haben wir die Mitarbeiter*innen dabei so gut wie es geht unterstützt. Aber sicherlich sind auch die Mitarbeiter zu Hause viele Kompromisse in Bezug auf Ihren Arbeitsplatz eingegangen. Und im Kontext „Homeoffice“ sind daneben auch noch vielen Fragen aus den Bereich Versicherung, Arbeits- und Datenschutz zu beantworten. Auch diese sind in der aktuellen Lage in vielen Fällen erst einmal zurückgestellt worden.

Grundsätzlich sind Lösungen zum Thema Homeoffice immer von der Freiwilligkeit der Mitarbeiter*innen getragen. Eine rechtlich wirkliche Pflicht zum Homeoffice gibt es für die Mitarbeiter*innen aus unserer Sicht faktisch nicht. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales weist in seinem FAQ zu diesem Thema ausdrücklich darauf hin, dass das Arbeiten von zu Hause aus wegen des Grundrechts der Unverletzlichkeit der Wohnung in Artikel 13 auch weiterhin an die Zustimmung der Beschäftigten geknüpft sei, welches eine beiderseitige Anpassung des Arbeitsvertrages oder einer Betriebsvereinbarung/betrieblicher Vereinbarung bedarf.

An einer solchen Dienstvereinbarung arbeiten wir derzeit mit der Personalvertretung zusammen. Ziel ist es, auch nach der Pandemie das Thema Homeoffice und damit die 3 Varianten mobiles Arbeiten, alternierende Telearbeit und Telearbeit zukünftig auf Basis einer solchen Dienstvereinbarung für die Mitarbeiter*innen möglich zu machen. Wir sind uns sicher, dass viele auch in Zukunft eines der Modelle in Ihre persönliches Arbeitsumfeld nutzen möchten. Viele Mitarbeiter*innen werden nach den vielen Monaten zu Hause sicherlich aber auch erst einmal „Homeoffice-müde“ sein und zunächst wieder im Büro Vorort arbeiten wollen. Für die Umsetzung von Homeoffice ist also, auch auf Basis der neuen Dienstvereinbarung, immer die Initiative des Mitarbeiters bzw. der Mitarbeiterin und damit eine Freiwilligkeit. Und selbst wenn diese Freiwilligkeit gegeben ist, werden wir in jedem Einzelfall schauen müssen, ob die Nutzung von Homeoffice aus dienstlichen Gründen überhaupt umsetzbar ist. Denn auch aufgrund des Arbeitsbereiches des Mitarbeiters kann Homeoffice evtl. nicht umsetzbar sein, obwohl der Mitarbeiter grundsätzlich dazu bereit ist.

Wir werden abwarten müssen, wie diese Möglichkeiten nach der Pandemie angenommen und genutzt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt verlässliche Zahlen zu nennen und diese als „Einsparung“ in die Haushaltplanung für 2022 als feste Größe aufzunehmen, halte ich aber für verfrüht. Die Dienststelle und die Personalvertretung arbeiten intensiv an dem Thema und damit an einer Optimierung der Verwaltungsorganisation und sind auch gerne bereit nach der Pandemie und der Normalisierung der Lage über die Umsetzung der Dienstvereinbarung zu berichten und dann auch evtl. mögliche Einsparungen aufzuzeigen.

Stellungnahme des Fachdienstes 3.4 – Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)

Der Antrag des Ratsherrn Glumm ist aus Sicht der ZGW nicht umsetzbar. Ratsherr Glumm begründet seinen Antrag mit Einsparmöglichkeiten, die durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Heimbüro entstehen. Er setzt das Einsparpotential mit 20% an und fordert eine Einsparung von 672.940 €. In Bezug auf den Antrag des Ratsherrn Volker Glumm bedarf es aus Sicht der ZGW hier allerdings einer Klarstellung.

Die ZGW unterhält und bewirtschaftet Gebäude, die für die Aufgabenerfüllung der Stadt Norden benötigt werden. Die funktionale Erforderlichkeit wird durch das jeweilige Anforderungsprofil, z.B. den Bedarf an Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten definiert. Das betreute Gebäudeportfolio umfasst u. a. städtische Schulen und Kindergärten, das Jugendhaus, die Stadtbibliothek, Begegnungsstätten, die Verwaltungsgebäude, die in Nutzung befindlichen Gebäude „Doornkaat“ (Neuer Weg / Doornkaatlohne 14) oder auch das ehemalige Schulgebäude Ekel. Die Verwaltungsgebäude stellen dabei einen eher untergeordneten Anteil dar.

Bereits an einer einfachen IST-Betrachtung des Jahres 2020 lässt sich feststellen, dass das Einsparpotential im Bereich „Verwaltungsgebäude“ eher gering ist. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen beim Produkt 111-14 Zentrale Gebäudewirtschaft 4.184.988,60 € (inkl. Rückstellungen für unterlassene Bauunterhaltung). Der Kostenanteil für alle sechs derzeit genutzten Verwaltungsgebäude (inkl. baulicher Unterhaltung bzw. Anmietung und Bewirtschaftung) betrug insgesamt 316.935,42 €. Lässt man die Kosten für bauliche Unterhaltung und Anmietung bei den genutzten Verwaltungsgebäuden außer Betracht, sind 2020 Sachkosten in der Bewirtschaftung (Energie/Abfall/Gebühren/Abgaben/Reinigung etc.) von rd. 91.600 € zu verzeichnen. Das theoretische Einsparpotential ist unabhängig von der Nutzungsintensität als gering einzustufen.

Die ZGW ermittelt die Ansätze, die für den städtischen Haushalt angemeldet werden nach dem tatsächlichen Bedarf unter Berücksichtigung zum Zeitpunkt der Mittelanmeldung bekannter Faktoren (politische Beschlüsse, Erweiterungen oder Abgängen im Gebäudeportfolio, Preisentwicklungen im Bau- und Energiesektor wie z.B. der anwachsenden CO²-Steuer etc.).

Eine pauschalisierte Kürzung würde unweigerlich dazu führen, dass erforderliche Unterhaltungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können, die bauliche Substanz sich weiter verschlechtert und der vorhandene Sanierungstau anwächst. In der Betrachtung ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass der größte Teil der Gebäude aufgrund des Alters sanierungsbedürftig, zum Teil als historischer Bestand denkmalgeschützt und prägend für das Ortsbild sind. Darüber hinaus sind bauliche Anpassungen an die aktuellen Standards insbesondere in den Bereichen Brandschutz, Arbeitsschutz und Barrierefreiheit erforderlich. Die Feststellung, dass ein Sanierungstau besteht und die städtischen Liegenschaften nicht „kaputt gespart“ werden sollten, wurde seitens der Politik u.a. im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021 festgestellt. Dies hat dazu geführt, dass die Politik die personelle Aufstockung der ZGW um eine Technikerstelle beschlossen hat, damit der bestehende Sanierungstau in den nächsten Jahren abgearbeitet werden kann.

Sofern substanzielle Einsparungen gewünscht werden, sind diese aus Sicht der ZGW nur zu erreichen, wenn eine inhaltliche Aufgabenreduzierung erfolgt und Standorte / Gebäude dauerhaft aufgegeben werden.

Stellungnahme des Fachdienstes 1.1 – Finanzen:

Haushaltskonsolidierung beschäftigt die Stadt Norden seit vielen Jahren. **Am erfolgreichsten war Haushaltskonsolidierung immer dann, wenn Politik und Verwaltung gemeinsam Wege zu einer strategischen Haushaltskonsolidierung beraten und beschlossen haben.**

In diesem Zusammenhang erinnert die Kämmerei an folgende Maßnahmen „**Strategisches Stadtleitbild 2003**“, „**Kontrakt 2007 – Wir sichern gemeinsam die Zukunft der Stadt Norden**“, „**Kontrakt 2012 – Strategische Haushaltssanierung – Generationengerecht die Zukunft der Stadt Norden gestalten**“, „**Kontrakt 2016 – Strategische Haushaltskonsolidierung**“ und zuletzt die von der Arbeitsgruppe Haushaltsoptimierung erarbeiteten und dann von allen Fraktionen im Rat der Stadt Norden am 26.06.2019 und 22.09.2020 gemeinsam beschlossenen langfristig und strategisch angelegten **13 Maßnahmen zur Haushaltsoptimierung**.

Die Kämmerei bittet, diesen gemeinsamen Weg von Politik und Verwaltung zur Haushaltsverbesserung fortzusetzen.

Der Antrag des Ratsherrn Glumm verfolgt das Ziel, die Sachmittelbudgets des „Technischen Gebäudemanagement des Fachdienstes 1.2“ und der „Zentralen Gebäudewirtschaft des Fachdienstes 3.4“ zu reduzieren.

Die Kämmerei erkennt das Bemühen des Ratsherrn Glumm an, mit seinem Antrag eine Verbesserung der schwierigen Haushaltssituation der Stadt Norden (Haushaltsfehbedarfe 2021: - 6.682.670 €, 2022: -4.086.540 €, 2023: -4.284.700 € und 2024: -5.890.880 €) erreichen zu wollen.

Jedoch hat der Rat der Stadt Norden auf Empfehlung der Arbeitsgruppe Haushaltsoptimierung, der auch Ratsherr Glumm als Antragsteller angehört, am 26.06.2019 bzgl. der steigenden Sachkosten bereits eine angemessene Maßnahme beschlossen, die nicht nur einzelne, sondern alle Sachmittelbudgets im Haushalt der Stadt Norden betrifft:

„Die Höhe der Budgets für Sachmittelaufwendungen (ohne Abschreibungen) werden grundsätzlich auf Basis des Durchschnitts der tatsächlich entstandenen Sachaufwendungen der letzten vier Ergebnisrechnungen gebildet.“

Mit diesem Instrument hat der Rat der Stadt Norden in der Höhe realitätsgerechte Eckwerte der Sachmittelbudgets festgelegt. Konsequenterweise sinken in der Folge der nächsten Jahre die Sachmittelbudgets in der Höhe ab. Die budgetverantwortlichen Fachdienste müssen dadurch zukünftig regelmäßig Priorisierungen treffen bei der Aufgabenerledigung, bei der Überprüfung von Leistungsangebot und Leistungsstandards, bei der Einwerbung von Fördermitteln, bei dem für die städtische Aufgabenerfüllung mittel- und langfristig tatsächlich erforderlichen Anlagevermögen usw. Der Rat der Stadt Norden steuert die Verwaltung inputorientiert und sorgt für ein strategisch ausgelegtes wirtschaftlich und sparsames Verwaltungshandeln.

Strategische Zielplanung muss anschlussfähig an bisherige Erfolge sein und vor allem muss sie fraktions- und gruppenübergreifend getragen werden.

Aus den vorgenannten Gründen hält die Verwaltung es nicht für zielführend, hier und jetzt über einen einzelnen Haushaltskonsolidierungsvorschlag für den Haushalt 2022 zu beraten. Deshalb bittet die Verwaltung, den Antrag des Ratsherrn Glumm an die Arbeitsgruppe Haushaltsoptimierung zu verweisen.

Es ist Aufgabe der Arbeitsgruppe Haushaltsoptimierung, ein Bündel von Maßnahmen zur Haushaltsoptimierung zu entwickeln. Die Empfehlungen aus der Arbeitsgruppe Haushaltsoptimierung zur Verbesserung der Haushaltssituation bereitet die Kämmerei in einer Sitzungsvorlage auf und legt diese den Gremien der Stadt Norden zur öffentlichen Beratung und Beschlussfassung vor. Die diesbezüglich vom Rat der Stadt Norden beschlossenen Maßnahmen sollen der Verwaltung bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2022 dienen.